



DIE LINKE.

Kreisverband Gelsenkirchen

Kommunalwahlprogramm 2009

Sozial und Solidarisch
Gemeinsam für Gelsenkirchen

Wir sind gekommen um zu bleiben!!!



Vorwort :

DIE LINKE Gelsenkirchen setzt sich für eine solidarische Stadt ein, in der die Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist, in der es keine soziale Ausgrenzung gibt und in der allen hier lebenden Menschen die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen eröffnet wird.

Wir wissen, dass dieser Einsatz unter politischen Rahmenbedingungen stattfindet, die nicht in Gelsenkirchen bestimmt werden. Das Grundgesetz verspricht zwar den Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der öffentlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, doch ist dieses Recht in Wirklichkeit nicht existent weil den Gemeinden die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel vorenthalten werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner neoliberalen Ausprägung ist durch den Widerspruch zwischen dem wachsendem Reichtum der großen Konzerne und der dramatisch zunehmenden Armut der öffentlichen Hand gekennzeichnet, wovon insbesondere die kommunalen Finanzen betroffen sind, etwa durch die Steuergeschenke der schwarz-roten Bundesregierung an die Großkonzerne bei der Steuerreform.

Die Gemeinden müssen sich dieser Entwicklung entgegenstellen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Gemeinden nicht leichtfertig den sogenannten Sachzwängen der neoliberalen Politik unterordnen. Die Tätigkeit der Gemeinden darf nicht nur darin bestehen, die Folgen der gesellschaftlichen Fehlentwicklung zu verwalten und dadurch weiterhin ein möglichst konfliktloses Funktionieren des kapitalistischen Systems zu gewährleisten. Genau das war aber der Kern des vielgepriesenen „Modell Gelsenkirchen“.

Das Modell Gelsenkirchen versprach, Gelsenkirchen werde sich durch einen extrem harten Sparkurs aus eigener Kraft entschulden.

Das Versprechen lag völlig jenseits der gesellschaftlichen Realität. Die Sanierer wurden trotzdem gefeiert, weil sie den Herrschenden die Stichworte geliefert haben, die Finanzmittel für die Gemeinden weiter zu kürzen, da ja dort noch erhebliche Sparpotenziale vorhanden sind. Sie werden weiter gefeiert, obwohl das Modell Gelsenkirchen vollständig gescheitert ist.

Gelsenkirchen ist heute noch hoch verschuldet. Dafür wurden aber durch den Sparkurs Tausende Arbeitsplätze vernichtet. Die Lebensqualität der Menschen in der Stadt wurde verschlechtert. Einrichtungen der Daseinsvorsorge wurden abgebaut, Jugendzentren und andere Sozial- und Freizeiteinrichtungen wurden geschlossen. Durch Privatisierungen verschlechterten sich Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Das ist keine Politik, auf die jemand stolz sein kann.

Dabei ist gesamtgesellschaftlich genug Geld vorhanden. Das Bruttosozialprodukt war in Deutschland noch nie so hoch wie heute. Als die Verteilungsmasse vor Jahrzehnten noch viel geringer war, wurden dennoch Schulen, Krankenhäuser, Jugendzentren, Bürgerhäuser, Altenzentren, Schwimmbäder und vieles mehr geschaffen – ohne eine übermäßige Verschuldung der Gemeinden. Jetzt, da insgesamt mehr Mittel da sind, werden Einrichtungen geschlossen oder verfallen in ihrer Substanz, während der private Kapitalprofit einer kleinen Schicht ins Unermessliche wächst.

Diese Politik machen wir nicht mit. Eine Stadt muss zugunsten der Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung konfliktbereit gegenüber den Herrschenden sein und



dabei der solidarischen Beseitigung der Nachteile, die die sozial schwächeren Schichten gegenüber den einkommensstarken Bürgerinnen und Bürgern haben, eine besondere Priorität einräumen. Dafür werden wir uns einsetzen.

1. Hartz IV muss weg!

Wir lehnen die sogenannten Hartz-Gesetze – insbesondere Hartz – IV – strikt ab und fordern die Bundesregierung auf, sie zurückzunehmen. Wir lehnen die kommunale Selbstverwaltung von Langzeitarbeitslosen in Form von privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaften ab und streben einen Rechtsanspruch auf Arbeit sowie sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze an. Im Rahmen der gegebenen Gesetzeslage setzt sich DIE LINKE Gelsenkirchen dafür ein, die Folgen für die Betroffenen soweit wie möglich zu lindern. Dazu gehört eine würdige Behandlung von Arbeitslosen, keine Fokussierung auf Arbeitsangelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1€ Jobs) sondern Nutzung des gesamten Spektrums arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Insbesondere einen Ersatz regulärer Beschäftigung durch 1 € Jobs – wie faktisch oft passiert, obwohl diese Tätigkeiten eigentlich zusätzlich sein müssten – lehnen wir entschieden ab. Die Mittel für Arbeitslose zusammen genommen (ALG II, Zusatzverdienst Arbeitsangelegenheiten, Sozialversicherungsbeiträge, Gelder für Träger, Kosten der Unterkunft) müssen auch für reguläre Arbeitsplätze genutzt werden können. Bedarf für entsprechende Beschäftigungen, die der Markt nicht bedient, gibt es auch in Gelsenkirchen genug. Eine Vielzahl von unbefristeten, tariflich entlohten und sozialversicherten Arbeitsverhältnissen bei Vereinen, Projekten und Initiativen im Sozial – Umwelt – und Kulturbereich können geschaffen werden. So könnten gemeinnützige Aufgaben verwirklicht werden, die kein privatwirtschaftlicher Anbieter übernimmt. Eine Ghettoisierung durch Vertreibung von Langzeitarbeitslosen aus ihren Wohnungen muss verhindert werden. Die Definition von angemessenem Wohnraum hat auch die Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen zu berücksichtigen. Zudem sind Folgen solcher erzwungener Wohnungswechsel nicht nur für Langzeitarbeitslose, sondern auch für die Stadtentwicklung fatal.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die entsprechende Schaffung von regulären, versicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsverhältnissen gesetzlich zu ermöglichen und zu unterstützen. Arbeitslosigkeit nur verwalten ist keine Lösung des Problems. Es ist gesellschaftlich günstiger Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir müssen uns in den Kommunen wieder darauf besinnen, nicht nur Wirtschaftstandorte, sondern vor allem wieder Lebensstandorte zu schaffen.



2. Wohnen ist Menschenrecht

Das Menschenrecht auf sozial angemessenen Wohnraum wird immer stärker zum Spielball mächtiger Kapitalinteressen. Widerstand dagegen muss auch auf kommunaler Ebene erfolgen.

DIE LINKE GELSENKIRCHEN ist

- gegen den Verkauf kommunaler, landes- und bundeseigener Wohnraumbestände und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen,
- für die Untersagung von Mieterhöhungen beim Auslaufen von Sozialbindungen,
- für die Verhinderung von Zwangsumzügen wegen Hartz – IV und anderer Gesetze,
- für die Beratung und Beistand für den/die Mieter bei allen unsozialen Maßnahmen von Eigentümern.

3. Vorrangige Vergabe von Bauaufträgen und Materialbeschaffung an Betriebe in der Region

DIE LINKE GELSENKIRCHEN setzt sich dafür ein, dass die Vergabe von Bauaufträgen und Materialbeschaffung vorrangig an regionale Betriebe erfolgt, die nach Tariflöhnen bezahlen, Frauenförderung nachweisen, Ausbildungsplätze anbieten bzw. keine Produkte aus Kinderarbeit verwenden.

Die Stadtverwaltung soll sich in ihrer wirtschaftlichen Betätigung vorbildlich darstellen, um dem Sozialabbau auf allen Ebenen entgegenzutreten. Das gilt für die Erhaltung der flächendeckenden Tarifverträge, für die Erweiterung von Frauenförderung, für ein höchstmögliches Angebot an Ausbildungsplätzen wie auch den Ankauf von Importwaren, die in vielen Fällen von Kinderhand produziert werden (Teppiche, Bälle, Steine usw.). Letztere Verpflichtung soll für alle Ausgaben gelten, für die Ausschreibungen verbindlich sind.

4. Für ein besseres Leben – auch im Alter

Altersarmut, insbesondere bei Frauen, breitet sich immer mehr aus. Dem ist auch kommunal entgegenzusteuern. Nach einem langen Arbeitsleben haben die Menschen ein Anrecht auf ein würdevolles Leben auch im Alter.

Ältere Menschen dürfen nicht aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld herausgerissen werden.

Betreutes Wohnen im ursprünglichen Umfeld sowie Umzugshilfen für ältere Menschen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollen, sind zu ermöglichen.

Eine effektive soziale Betreuung älterer Menschen und spezielle Kulturangebote müssen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Ein Sozialticket auch für diese älteren Menschen ist zwingend erforderlich damit sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und nicht ausgegrenzt werden.



5. Kein m² Boden Gelsenkirchens für Nazis

Seit 1990, dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung, sind mehr als 150 Menschen von Neonazis, Rechtsterroristen und anderen fremdenfeindlichen Tätern erschlagen, erstochen, aus fahrenden Zügen geworfen, zu Tode gehetzt oder verbrannt worden. Die Zahl der zum Teil schwer Verletzten geht in die Tausende. Die Terrorangriffe gegen Asylbewerber und andere Migrantinnen und Migranten, gegen Obdachlose und Behinderte, gegen Jüdinnen und Juden und LINKE gehen weiter. Neonazistische Aufmärsche und verbale Attacken gegen Ausländer, Angriffe gegen jüdische Einrichtungen, Friedhofsschändungen und Treibjagden gegen Migrantinnen und Migranten sind an der Tagesordnung.

Die Täter sind mitten unter uns und die sozial Schwächsten und Ausgegrenzten dieser Gesellschaft sind ihre bevorzugten Opfer. Aber der Nährboden, auf dem die Saat der Gewalt wächst, gibt es nicht erst seit den 90er Jahren. Bereits in den 80ern kamen in Westdeutschland 35 Menschen durch rechte Gewalt ums Leben. Die Kommune ist genau der Ort, an dem Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden kann und muss.

Gelsenkirchen ist eine Stadt der vielfältigsten Kulturen, Nationen und Religionen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit darf hier nichts zu suchen haben. Die Opfer des Faschismus mahnen uns für eine demokratische und tolerante Gesellschaft immer wieder einzutreten!

Aus diesem Grund fordern DIE LINKE GELSENKIRCHEN neben der konsequenten Verfolgung rassistischer, fremdenfeindlicher und neonazistischer Propaganda sowie deren Verbreitung:

- präventive Maßnahmen zur Schärfung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit,
- Aufklärung der Gefahren des Rechtsextremismus durch städtisch unterstützte Kampagnen,
- Bildung von Netzwerken gegen rechts,
- Einführung von Projekten an Schulen und Jugendeinrichtungen,
- Engere Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und
- Ausstiegsprogramme für Rechtsextremisten.

6. Einrichten einer Ombudsstelle bei der ARGE GE

DIE LINKE Gelsenkirchen fordert die Einrichtung einer Ombudsstelle bei der IAG GE, um so Hilfestellungen für Betroffene zu ermöglichen.

Die Tätigkeit soll folgenden Inhalt haben :

- Anlaufstelle für Betroffene ALG II – Empfängerinnen, Politik, Sozialpartner am Markt
- Einschalten der ARGE IAG (Kundenmanagement) für die Anliegenklärung
- Sammlung und Auswertung der Anliegen in Zusammenarbeit mit ARGE Gelsenkirchen
- Sicherstellung eines Erfahrungsaustausch über das Verwaltungs-



handeln der IAG und die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen mit den entsprechenden Stellen der IAG

- Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Stellen im Bundesgebiet.
- Die Tätigkeit der Person des Ombudsmanns erfolgt unabhängig und frei von Weisungen
- Die Person des Ombudsmanns erhält von der IAG einen entsprechenden Ausweis.
- Die Person des Ombudsmanns erstellt periodisch einen Tätigkeitsbericht, der sowohl dem Rat als auch der Trägerversammlung vorzulegen ist.
- Die Tätigkeit der Person des Ombudsmanns hat jederzeit die gesetzlichen Vorschriften des Datenschutzes zu beachten.
- Sie ist nicht verpflichtet, gegenüber der IAG und dem Rat detaillierte Angaben über ihre Gesprächspartner zu machen.
- Es liegt im Ermessen des Ombudsmanns, sich bei Bedarf allgemein über ihre Tätigkeit gegenüber den Medien zu äußern.

Die Erfahrungen der Beratungsstellen für HARTZ IV – Opfer häufen sich und wir fordern konkreten Handlungsbedarf bei folgenden Punkten :

Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Leistungsberechtigten und der IAG durch eine bessere Erreichbarkeit und verständliche Bescheide. Verbesserung des Aktenwesens, so dass bei der Antragsbearbeitung jederzeit in maßgeblichen Informationen vorliegen. Bei Entscheidungen über Kosten der Unterkunft müssen besonders im Hinblick auf die hohen Fallzahl und die existentielle Bedeutung dringend die Besonderheiten des Einzelfalls berücksichtigt werden. Leistungsberechtigte sind, wenn es um die für sie nachteilige und finanziell schmerzhaftere Aufrechnung von Kautionen geht, umfassend über die Freiwilligkeit zu informieren.

7. Die Zeit ist reif für ein Sozialticket in Gelsenkirchen

Obwohl wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, wächst seit Jahren die Zahl der von Armut betroffenen Menschen auch in Gelsenkirchen. Hinzu kommen Tausende weitere von Armut betroffene, die z.B. eine niedrige Rente empfangen, einen Lohn bekommen, der nicht zum Leben reicht oder die auf Unterstützung als Asylsuchende angewiesen sind.

Ein Beispiel hierfür ist der Ausschluss von den Möglichkeiten der Mobilität, die unsere Gesellschaft bereit hält. Für den öffentlichen Nahverkehr sind im Regelsatz für Menschen, die Hartz IV empfangen, weniger als 12 € vorgesehen. Mobilität wird für Arme damit zum Luxus.

Die Zeit ist reif für ein Sozialticket, auch und gerade in Gelsenkirchen, deshalb muss nach langer Diskussion im Rat mehr als eine Absichtserklärung der Ratspolitiker folgen.

Die Linke fordert deshalb die sofortige Einführung eines Sozialtickets auf kommunalem Gebiet für Einkommensschwache.



8. Armut / Reichtumsbericht für Gelsenkirchen

DIE LINKE Gelsenkirchen fordert einen Armut/Reichtumsbericht für unsere Stadt. Der Impuls, nicht nur auf der gesamtstaatlicher Ebene Sozialberichte zu erstellen, ging von der Konferenz für Umwelt und Entwicklung(UNCED) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 aus. Dort wurde erstmals auf einer UN-Konferenz die Rolle der Kommunen mit der AGENDA21 hervorgehoben. Die Konferenz würdigte die entscheidende Rolle der Kommunen bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit – Argumente, die auch der Sozialberichterstattung auf lokaler Ebene ermutigt.

In vielen Kommunen ist die Sozialberichterstattung längst Normalität, in Gelsenkirchen aber nicht. Ein Sozialbericht analysiert in verschiedenen Schwerpunktbereichen die Lage Gelsenkirchen und seiner Bevölkerung. Sein Ziel besteht für Autoren und Auftraggeber darin, für Politik und Verwaltung Handlungsbedarfe aufzuzeigen und zugleich über ein datengeschütztes Berichtswesen Grundlagen für Handlungskonzepte zu schaffen.

Armut ist für viele maßgeblichen Akteure unserer Stadt leider nach wie vor ein randständiges Thema. DIE LINKE ist jedoch der Meinung, dass die Ergebnisse eines Sozialberichts genutzt werden können, um gravierende soziale Schieflagen und die wachsenden Ungerechtigkeiten immer wieder zu verdeutlichen und in öffentlichen Auseinandersetzungen für eine Neubesinnung auf Werte einer menschlichen, solidarischen Gesellschaft zu werben. Eins ihrer wesentlichen Kriterien ist der Umgang mit den Armen und Schwachen. Für uns ist ein Sozialbericht eine unmissverständliche Aufforderung zum Handeln.

Armut und Ausgrenzung sind bei uns und anderswo Ergebnis einer Profit - gesteuerten Ökonomie, verstärkt durch eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Aufgaben haben vor allem eine gesamtpolitische Bedeutung. Im Ringen um eine soziale gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft, wie sie die LINKE anstrebt kann und muss die Kommune ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

9. Wahlrecht ist Menschenrecht – Kommunales Wahlrecht für Alle

NRW ist mit über 4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund seit langem ein Einwanderungsland. Fast 2 Millionen Menschen haben einen ausländischen Pass, darunter sind 560.000 EU-BürgerInnen und 1,25 Millionen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit. NRW ist ihr Lebensmittelpunkt. Obwohl sie Teil unserer Gesellschaft sind, sind die meisten von ihnen von der aktiven und passiven Teilhabe an Wahlen ausgeschlossen. Der Grund liegt im Wahlrecht, welches im Grundgesetz nur Deutschen zusteht. Von diesem Wahlrecht nur für Deutsche gibt es seit Mitte der 1990er Jahre Ausnahmen. AusländerInnen aus EU-Mitgliedstaaten haben in Deutschland aufgrund von EU-Bestimmungen ganz legal das kommunale Wahlrecht – was für EU-BürgerInnen übrigens europaweit gilt – ebenso wie jenes zu Europawahlen. MigrantInnen ohne deutschen Pass aus Nicht-EU-Ländern sind aber davon ausgenommen. Diese Ungleichbehandlung wollen wir ändern. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle MigrantInnen unabhängig der Staatsbürgerschaft, die seit mindestens 5 Jahren hier leben. Für DIE LINKE Gelsenkirchen ist das kommunale Wahlrecht eine zentrale Grundlage demokratischer Teil-



habe. Es würde auch Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern das Recht zur politischen Mitbestimmung geben und wäre ein wichtiges Integrationssignal für das solidarische Miteinander. DIE LINKE Gelsenkirchen sieht in der Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts einen ersten Schritt für die Verwirklichung gleicher sozialer und politischer Rechte sowie demokratischer Grundrechte von MigrantInnen. Ziel ist, die Gleichberechtigung und Beteiligung an der politischen Willensbildung aller dauerhaft in Gelsenkirchen lebenden Menschen zu erreichen – unabhängig von ihrer Nationalität oder sozialen Herkunft.

DIE LINKE Gelsenkirchen tritt ein für volle juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung aller hier lebenden MigrantInnen und wendet sich gegen soziale Ausgrenzung und Rassismus. Unser Ziel ist das allgemeine (aktive und passive) Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Gelsenkirchen haben. Das bedeutet: ein Demokratiedefizit aufzuheben und neue Rechte sowie politische Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu stärken. Einwanderer und ihre Nachkommen sollen das Recht haben, sich in alle Politikbereiche und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens einzumischen. Integration heißt für uns nämlich politische Partizipation und Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe.

Wir rufen die Landes- und Bundesregierung auf, eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes für eine Einführung des kommunalen Wahlrechts zu realisieren.

10. Kein Mensch ist illegal – gerade in Gelsenkirchen!

Es gibt die unterschiedlichsten Gründe, aus denen Menschen in Deutschland über kein Aufenthaltsrecht verfügen.

Flüchtlinge, die aufgrund von Bürgerkriegssituationen, politischer oder geschlechtsspezifischer Verfolgung, aus elenden wirtschaftlichen Verhältnissen oder vor Umweltkatastrophen fliehen, kommen nicht freiwillig. Darüber hinaus kommen auch Frauen, die Opfer von Zwangsprostitution sowie des Frauenhandels sind.

Die Bezeichnung der Menschen ohne Aufenthaltsrecht als Illegale führt in der Öffentlichkeit dazu, dass die Menschen als Kriminelle sowie als Problem für den Rechtsstaat und für die Bevölkerung gesehen werden.

Tatsächlich sind diese Personen weniger ein Problem für die Öffentlichkeit, sondern sie haben selbst eine Vielzahl von Problemen und sind einer sehr bedrückenden Lebenssituation ausgesetzt. Viele Arbeitgeber profitieren von diesen Menschen, die gezwungen sind unter fast allen denkbar schlechten Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

Nach Schätzung von Experten leben in Deutschland zwischen 700.000 und 1,8 Millionen Menschen ohne Papiere. Wie viele es in Großstädten sind, weiß niemand. Mit ihnen leben Kinder, die zu einem Leben in der Illegalität gezwungen sind. Sie bekommen weder die notwendigen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen noch Schutzimpfungen, weil Eltern ohne Aufenthaltspapiere keine Krankenversicherung abschließen können. Diese Kinder haben jedoch nach internationalen Vereinbarungen ein Recht auf Bildung und Gesundheit.

In etlichen Staaten laufen inzwischen Initiativen um sich der Herausforderung zu stellen und Lösungswege zu eröffnen.



Auch in Gelsenkirchen leben Kinder ohne Aufenthaltsstaus. Kinder, die zu einem Leben in der Illegalität gezwungen sind, die immer im Schatten leben müssen und von den Eltern aus Angst versteckt werden. Hier leben Kinder, die keinen Kindergarten und keine Schule besuchen können, da die Eltern befürchten, der illegale Aufenthalt der Familie könne über den Kindergarten - oder Schulbesuch entdeckt und der Ausländerbehörde gemeldet werden.

Die Probleme der Menschen ohne Aufenthalt übersteigen bei Weitem die angeblichen Nachteile, die der Gesellschaft durch den Aufenthalt der Menschen entstehen. Um die Lebenssituation von Personen ohne Aufenthaltsrecht zu verbessern, unterstützt DIE LINKE Gelsenkirchen die Initiative IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. – unter dem Motto: achten statt verachten, die den betroffenen Menschen zumindest die medizinische Grundversorgung sicherstellen möchte.

Darüber hinaus strebt DIE LINKE Gelsenkirchen, analog dem Beispiel München und Freiburg, an dass :

- die Träger von Schulen und Kindertageseinrichtungen darüber informieren, dass sie nicht verpflichtet seien. Nachweise zum aufenthaltsrechtlichen Status der Kinder zu verlangen,
- einen Fond für nicht versicherte Kinder einzurichten, aus dem die Vorsorgeuntersuchungen, die Schutzimpfungen und bei Krankheit die notwendigen Behandlungen bezahlt werden
- sich dem Manifest illegaler Zuwanderung – für eine lösungsorientierte Diskussion anzuschließen, das schon von vielen Personen, Organisationen und Institutionen mitgetragen wird. Dieses Manifest wurde vom Katholischen Forum Leben in der Illegalität initiiert, das sich seit 2004 auf Initiative der Migrantinnenkommission der Deutschen Bischofskonferenz gebildet hat und dem u. a. der Deutsche Caritasverband, die Deutschen Malteser und der Jesuiten – Flüchtlingsdienst Deutschland angehören.

11. Barrierefreie Stadt

Sozialer und menschengerechter Städtebau ist bei uns immer noch eine politische Herausforderung. Gebäude und Verkehrswege, Verkehrsträger und – flüsse, aber auch die Entfernungen zwischen lebenswichtigen Einrichtungen, haben für viele Menschen viel zu oft noch Ähnlichkeit mit einem Hindernislauf. Barrieren und Gefahren der verschiedensten Art, Zerschneidungen und Verschmutzungen durch den motorisierten Individualverkehr, Stolperstellen, rutschige Flächen, Treppenstufen und überkommene, steile Repräsentativaufgänge und schwere Türen, fehlende Wegweisungen und vieles mehr stören die Bewegungsfreiheit im städtischen Leben. Sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich, bei der Arbeit und in der Freizeit.

Besonders betroffen sind mobilitätseingeschränkte Menschen. Und damit sind keineswegs nur die RollstuhlfahrerInnen in unserer Stadt oder blinde MitbürgerInnen gemeint. Tausende unserer Mitmenschen sind vorübergehend oder dauerhaft bewegungseingeschränkt. Dazu zählen Menschen mit eingegipstem Fuß und an Krücken gehende genauso wie an Gelenkarthrose Leidende, Schwangere genauso wie Kinder oder alte Menschen. Sozialer und menschengerechter



Städtebau hat darauf Rücksicht zu nehmen. Er kann und darf sich nicht vorrangig am Idealtypus des gesunden (männlichen) Erwachsenen orientieren, weil die gesellschaftliche Wirklichkeit anders ist.

In den letzten Jahren hat sich manches gebessert, das gesellschaftliche Bewusstsein über Barrieren und Barrierefreiheit hat sich entwickelt, es gibt bessere Gesetze und Vorschriften, Zusammenschlüsse von Behinderten haben erfolgreich auf die Probleme aufmerksam gemacht, kurzum: ein Prozess der Enthinderung hat eingesetzt, dennoch bleibt vieles zu tun. Es geht darum zu begreifen, dass nicht die Behinderten das Problem sind, sondern die Hindernisse.

Konsequente Enthinderung erfordert Ressourcen und kostet Geld. Eine Gesellschaft, die den Abbau von Barrieren aber nicht als permanente Herausforderung annimmt, hat soziale Defizite und ist Entwicklungsland. Der Abbau und die Vermeidung von Barrieren im öffentlichen und privaten Bereich scheitern aber häufig nicht wirklich am Geld. Oft handelt es sich um Barrieren im Kopf, um Gedankenlosigkeit, mangelnde Unterhaltung und Pflege. Vielfach handelt es sich nur um erforderliche Maßnahmen, die wenig kosten, aber vielen Menschen das Leben leichter machen. Wir werden Anfragen und Anträge in den Rat und seine Ausschüsse einbringen und Öffentlichkeitsarbeit machen, in der Hoffnung, für die barrierefreie Stadt Gelsenkirchen einen Beitrag zu leisten.

12. Verbesserung der Zukunftschancen unserer Kinder

Zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen, insbesondere der sozial Benachteiligten, sind gerade in Gelsenkirchen die personellen und materiellen Voraussetzungen im Bildungswesen zu schaffen.

Kindergärten und Krabbelstuben sind in die Lage zu versetzen, frühkindliche Sprachförderung zu betreiben. An die Grundschule soll sich anstelle des gegliederten Systems eine integrative Schule bis zur 10. Klasse anschließen, so dass individuelle Förderung statt Auslese geschieht.

Die Schule soll als Ganztagschule ein Lern – und Lebensort werden, in dem Kultur, soziale Kompetenz und Demokratie neben der Wissensvermittlung gleichrangig sind. Die internationalen Vergleichsstudien im Bildungswesen haben gezeigt, dass die Bundesrepublik einen erheblichen Nachholbedarf vor allem dort hat, wo die Grundlagen gelegt werden: in Kindergärten, Krabbelstuben und Grundschulen.

Deren personelle und sachliche Ausstattung ist in der Regel nicht geeignet, vor allem den förderungsbedürftigen Kindern die nötigen Freiräume und die Stimulation zur Entfaltung von Neugier, Lernlust und Selbständigkeit zu geben.

13. Ausbau und Förderung der Jugendzentren und Jugendprojekte

DIE LINKE Gelsenkirchen ist für den Ausbau sowie die finanzielle und personelle Förderung der bestehenden Jugendprojekte und Jugendzentren. Insbesondere die Förderung von Streetwork und neuen multikulturellen Projekten. Sie setzt sich darüber hinaus ein, für die kostenlose Bereitstellung von Räumen für junge



Künstler, Jugend-, Theater- und Tanzgruppen sowie die Schaffung von weiteren Auftritts – und Ausstellungsmöglichkeiten.

Gerade die Gelsenkirchener Jugend hat ein enormes Potential das Stadtbild zu verbessern und Gelsenkirchen zukunftsfähig zu gestalten. Die Förderung von Jugendprojekten, der Einsatz von Streetworkern und die Unterstützung junger Künstlerinnen und Künstler bietet Jugendlichen die Möglichkeit an der Gestaltung der Stadt aktiv teilzunehmen und vor allem auch mitzubestimmen. Erst wenn diese Möglichkeiten ohne finanzielle oder personelle Einschränkungen geschaffen werden, wird den Jugendlichen in Gelsenkirchen eine glaubwürdige Zukunftsperspektive geboten, für die es sich zu engagieren lohnt.

14. Sichere Zukunftsperspektiven für junge Menschen

Eine Studie des Arbeitsministeriums von 2008 hat deutlich gemacht: Junge Menschen wollen sichere Zukunftsperspektiven. Neunzig Prozent der 18 – 34 jährigen bezeichnen nicht nur als äußerst wichtig, dass ihnen Arbeit Spaß macht – sondern auch, dass sie ein festes, verlässliches Einkommen haben. Doch immer weniger gehen direkt nach der Ausbildung in ein unbefristetes Vollzeitverhältnis über: Von den 18 – 24 Jährigen trifft dies nicht einmal für ein Drittel zu. Für DIE LINKE Gelsenkirchen ist klar: Der Berufseinstieg verläuft in der Regel über reguläre Arbeitsverträge – mit der entsprechenden Probezeit. Unverbindliches Probearbeiten für lau unter dem Deckmantel eines Praktikumsverhältnisses widerspricht allen Grundsätzen des Arbeitnehmerschutzes und darf nicht akzeptiert werden.

Deshalb kämpfen wir für eine klare gesetzliche Regelung, die Praktika als Lernverhältnisse stärken – und Scheinpraktika eindeutig verbieten.

DIE LINKE Gelsenkirchen fordert daher:

- Praktika sind Lernverhältnisse und müssen von regulären Arbeitsverhältnissen klar abgegrenzt werden. Sie dürfen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen.
- Kein Praktikum ohne Praktikumsvertrag. Qualifikationsziele müssen benannt und die Betreuung des Praktikums verlässlich geregelt werden.
- Praktika sind angemessen zu vergüten. Dabei dürfen 300 € pro Monat nicht unterschritten werden.
- Arbeitsrechtliche Mindestschutzrechte müssen für alle PraktikantenInnen gelten. Auch Praktika im Rahmen von Studium und Ausbildung müssen daher in das Berufsbildungsgesetz aufgenommen werden.
- Betriebs- und Personalräte müssen auch PraktikantenInnen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und in Konfliktsituationen gehört werden.

15. Unsere Kinder brauchen die beste Bildung

Unsere Kinder brauchen die beste Bildung, deshalb muss der Bildungsfond erhalten bleiben. Der vorgelegte Armuts/Reichtumsbericht aus dem Jahre 2007 aus NRW zeigt uns, dass man Armut am besten mit bester Bildung für alle



bekämpfen kann. Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer das Armutsrisiko. Durch das neue Familienleistungsgesetz des Bundes gibt es für Schulkinder in Familien, die ALG II Empfänger sind, eine Verbesserung. Durch die Einführung eines Schulmittelbedarfspaketes in Höhe von 100 € pro Kind und Schuljahr. Hierzu müsste jetzt noch der bestehende Bildungsfonds der Stadt Gelsenkirchen fließen um Bildung für Alle zu gewährleisten. Denn Kinder in Armut brauchen sowohl gezielte finanzielle Unterstützung als auch eine bessere, soziale Infrastruktur. Deshalb fordert DIE LINKE Gelsenkirchen auf, alles in unserer Stadt zu tun um Kinderarmut zu bekämpfen.

DIE LINKE Gelsenkirchen engagiert sich daher für:

- Bessere Schulen und höheres Kindergeld als Mittel gegen die Armut.
- Kleinere Klassen, bessere Förderung und mehr Lehrerinnen und Lehrer.
- Generelle Lehrmittelfreiheit.
- Kostenlose Teilnahme an Schulangeboten.
- Kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen.
- Beitragsfreiheit bei Kindertagesstätten.

16. Kommunale Finanzen sicherstellen

Um eine gute Versorgung mit öffentlichen Gütern für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen, braucht die Stadt Gelsenkirchen eine sichere Finanzbasis. Kern der kommunalen Einnahmen ist die Gewerbesteuer.

Doch in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sie eine sehr unsichere Basis ist. Abhängig von der Gewinnentwicklung großer ortsansässiger Unternehmen und den Steuergesetzen des Bundes unterliegt ihr Aufkommen extremen Schwankungen, weshalb sie eine solide und dauerhafte Finanzbasis für die Kommunen nicht sicherstellen kann. Zwar sprudeln seit ein paar Jahren bundesweit die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder kräftig, doch viele Städte, profitieren davon nicht.

Auch Gelsenkirchen konnte an dem Boom nicht teilhaben, weil entsprechende Industrieansiedlungen fehlen. Deshalb muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden.

Mit der Gemeindewirtschaftssteuer besteht Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmer und alle selbständig ausgeübten Tätigkeiten. Besteuert wird die Wertschöpfung abzüglich der Lohnkosten. Anders ausgedrückt: der Gewinn zuzüglich Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren. Die Möglichkeiten der Verlustvor- und nachträge werden zeitlich und der Höhe nach begrenzt. Die gewerbesteuerliche Organschaft wird abgeschafft.

Es droht aber eine ganz andere Entwicklung. Für das Jahr 2008 hat die Bundesregierung eine große Unternehmenssteuerreform angekündigt. Nach den wissenschaftlichen Konzepten, die dafür in der Diskussion sind (beispielweise das Steuerkonzept der Stiftung Marktwirtschaft) soll die Gewerbesteuer ganz abge-



schaftt werden. Die darin enthaltenen Vorschläge für eine alternative Finanzierung der Kommunen bieten noch weniger eine solide Finanzbasis für die Kommunen als die Gewerbesteuer.

DIE LINKE Gelsenkirchen wird sich im Rat dafür stark machen, dass Gelsenkirchen in den entsprechenden Foren (wie dem deutschen Städtetag) für den Erhalt der Gewerbesteuer und für die Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzsteuer streitet.

17. Tierschutz

Hohe Bedeutung misst die LINKE Gelsenkirchen dem Schutz der Tiere bei. Viele Mitglieder des Kreisverbandes Gelsenkirchen – DIE LINKE – sind engagierte Tierschützer, sie haben die Erfahrung gemacht, dass nur auf politischer Ebene nachhaltige Veränderungen zu erreichen sind.

Mensch, Tier und Natur sind untrennbare Einheiten. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge.

Eine Sensibilisierung für das Tier als Geschöpf tritt in der Gesellschaft mehr als zögerlich ein; beispielhaft hierfür sind oft die nicht artgerechte Haltung von Tieren, sowie Tierversuchslabore, die nur zum Zwecke des Kommerz, unter bestialischen Methoden die Tiere zu Tode quälen.

DIE LINKE Gelsenkirchen fordert die Verwaltung auf:

- für die mehr als ca. 11.000 Hunde in Gelsenkirchen artgerechte Freilaufflächen einzurichten und die Hundesteuer zu senken.
- Mehr finanzielle Unterstützung für das hiesige Tierheim.
- In Gelsenkirchen wünschen sich immer mehr Tierfreunde einen Friedhof für ihre Haustiere, wie z. B. in Oberhausen und Dortmund,
- Wir fordern zudem auch eine Tiertafel um so den Menschen, die von Transferleistungen des Staates abhängig sind, die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Tiere zu behalten und sie artgerecht zu ernähren.
- In den Regelsätzen von Hartz IV ist für Tiernahrung und für Tiermedikamente nichts vorgesehen.

18. Rekommunalisierung – Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Schulwesen, Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Rentenwesen und die Stärkung der regionalen Wirtschaft sind in ihrer gesamten Komplexität Kernkompetenzen der Politik und sollen es bleiben. Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben. Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen. DIE LINKE Gelsenkirchen streitet dafür, den Bürgerinnen und Bürgern wieder eine stärkere Einflussnahme und Kontrolle über die Art und den Umfang von öffentlichen Dienstleistungen und die Art und Weise ihrer Bereitstellung einzuräumen. Weitere Privatisierungen sind zu



stoppen und die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten wieder herzustellen. DIE LINKE Gelsenkirchen tritt dafür ein, dass sich Kommunen die Option offen halten, bereits an Dritte übertragene Betriebe zurückzukaufen, wenn die neuen Träger die kommunale Daseinsvorsorge behindern bzw. ihre Monopolstellung gegen das Wohl der Gemeinschaft ausnutzen. Es darf keine Tariffucht durch Aushebelung kommunaler Aufgaben geben. Die privaten Partnerschaften sind Beispiele für die Strategie von Magistrat und aktueller Koalition, das Gemeineigentum und öffentliche Aufgaben nach und nach an privatgesellschaftliche Investoren abzugeben oder privatrechtlich zu organisieren. Damit werden Arbeitsplätze vernichtet, Gebühren dem kapitalistischen Profitstreben überlassen und die demokratischen Kontrollmöglichkeiten verringert. Wo dennoch dazu übergegangen wird öffentliche Aufgaben gemeinsam mit privaten Partner zu erledigen, wird DIE LINKE Gelsenkirchen sehr genau darauf achten, dass dies nicht unter dem Motto: Die Gewinne für die Privaten - die sozialen Kosten für die Öffentlichkeit, geschieht.

19. PPP (Public Private Partnership)

PPP nennt sich das Verfahren, in dem öffentlichen Einrichtungen von privaten Unternehmen als Partner gebaut, betrieben oder unterhalten werden. In dieser Partnerschaft zahlen Kommunen oder Staat und die Privaten machen den Gewinn. Die Grundlage für dieses Handeln ist das ÖPP - Beschleunigungsgesetz, das von der Schröder-Regierung durchgesetzt und beschlossen wurde. DIE LINKE Gelsenkirchen befasst sich seit Jahren mit dem Thema PPP und wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass sogenannte PPP/ÖPP-Modelle eine weitere Form der Privatisierung darstellt. Die Risiken sind aus unserer Sicht: Die lange vertragliche Bindung über 15 - 30 Jahre bedeutet Verzicht auf Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, Veränderungen in diesem Zeitraum sind nicht absehbar. Die Stadt müsste dennoch zahlen. Der Personaleinsatz wird vom Investor geregelt. Es ist fraglich, ob die Leistungen den Anforderungen entsprechen. Arbeitsbedingungen und Tarifbindungen sind gefährdet. Durch die Nutzungsentgelte müssen Aufwendungen finanziert werden, die eine Kommune allein nicht hätte (Gewinne, Gehälter und Tantiemen für Geschäftsführer, Manager, Aufsichtsräte usw.). Es ist davon auszugehen, dass die Belastungen der Kommune um bis zu 160% höher ausfallen, wenn die Vertragsdauer von 25 Jahren in die Berechnung mit einfließt. Die Risikoverteilung wird immer zu Lasten der Kommune ausfallen. Beim Zustand der meisten Gelsenkirchener Schulen ist dies gar nicht regelbar. Die Verträge unterliegen der Geheimhaltung. Wie sich diese mangelnde Kontrolle auswirkt, konnten wir gut beim milliardenschweren Skandal um die Einführung der LKW-Maut verfolgen.

20. Wohnungsleerstand in Gelsenkirchen bekämpfen

Ein großes Problem kommt auf die Stadt Gelsenkirchen zu durch den Wegfall von fast 1/3 der Einwohner in den letzten 40 Jahren. Schon heute sieht man in vielen Straßenzügen einen großen Leerstand von Wohnungen und wo leblose Fenster zu



sehen sind, da gibt es nun mal kein Leben auf der Straße. Bis zum Jahr 2020 werden wir wahrscheinlich noch ein mal 11,7 % an Einwohnern verlieren. Gemessen am Bevölkerungshochstand von 1959 verliert Gelsenkirchen dann fast die Hälfte seiner Einwohner. Der Umbau unseres Lebensumfeldes ist deshalb wichtig und eine Stadterneuerung sollte sich zum größten Teil auf den reichlich vorhandenen Wohnraum beschränken. Denn neu entwickelte Stadtquartiere für mehrere tausend Einwohner bringen zusätzliche Probleme. Durch neugebaute Stadtquartiere werden neue, soziale Brennpunkte in den alten, vorhandenen Stadtteilen entstehen. Zusätzlich entsteht durch die verfehlte Politik weiterer Wohnungsleerstand. Ganze Häuserzeilen abzureißen wird fast unmöglich sein, da diese teilweise in privater Hand sind. Außerdem wird unsere Stadt durch die hohen Haushaltsschulden kaum Geld für die zu zahlenden Entschädigungen haben. DIE LINKE Gelsenkirchen fordert, dass die Leerstände in den Stadtteilen mit Hilfe von Fördergeldern der Landesregierung, zum Beispiel für den Umbau älterer Häuser auf modernsten Neubaustand, eingesetzt werden.

21. Moderne lebenswerte Stadt der Zukunft

Wir wollen Gelsenkirchen konsequent zu einer ökologischen Stadt mit nachhaltiger Perspektive weiter entwickeln.

Wir sind uns der besonderen Verantwortung der heute lebenden Menschen bewusst, die als Vernunft begabte Wesen über das Schicksal ihrer Mitmenschen und Mitlebewesen aller Arten und aller folgenden Generationen entscheiden und daher in der Pflicht stehen, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendige Nachhaltigkeit zu gewährleisten und diese im Vorfeld umfassend abzuwägen. Das heißt unter anderem eintreten für Fairness zwischen Menschen untereinander sowie zur belebten und unbelebten Umgebung!

Nachhaltigkeit bedeutet insbesondere einen sorgsamen Umgang mit Ressourcen und Energie im Sinne einer zukunftsweisenden „Kreislaufwirtschaft total“.

Kreislaufwirtschaft total meint, dass alle für die Bedürfnisbefriedigung benötigten Stoffe in nahezu geschlossenen Kreisläufen organisiert werden, und dass die Energie zur Aufrechterhaltung der Stoffströme und deren Prozesse ausschließlich regenerativ bereitgestellt werden.

Energie aus Müllverbrennung ist ausdrücklich nicht regenerativ, da hier der Grundsatz der geschlossenen Stoffkreisläufe verletzt wird; Wertstoffe, welche als Müll verunglimpft und verbrannt werden, sind unwiederbringlich verloren. Es gibt eigentlich keinen Müll oder Abfall, sondern ausschließlich Wertstoffe in verschiedenen Nutzungszuständen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass viele der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht in Gelsenkirchen entschieden werden. Wir setzen uns jedoch dafür ein,

1. dass alles in Gelsenkirchen machbare zeitnah umgesetzt wird; das schließt auch den Mut ein, neue Pfade zu beschreiten.
2. dass mit aller Kraft die Verantwortlichen auf Landes-, Bundes und EU-Ebene dazu bewegt werden, eine Gesetzgebung für alle Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten.



3. dass diejenigen, welche stolz sind, das sog. „Haus Europa“ gebaut zu haben, davon zu überzeugen, dass nun der Zeitpunkt gekommen ist, das analoge „Haus Globus“ zu bauen und dem angeblichen Wettbewerb der Globalisierung baldigst zu entkommen.

Denn eines muss für die Zukunft klar werden:

Wettbewerb ist etwas für Leute, die nicht gelernt haben zu kooperieren!

Wir machen Ernst mit der Solarstadt Gelsenkirchen, dabei sehen wir die große Chance, die kommunalen Liegenschaften als Vorbild mit moderner regenerativer Energietechnik auszustatten.

- Jedes städtische Gebäude erhält eine Solaranlage als Bestandteil eines optimierten Energienutzungskonzeptes.
- Wir werden ein modernes Energie- und Ressourcenmanagement (das heißt soviel wie der sinnvolle Umgang mit Einsatzstoffen) innerhalb der Stadtverwaltung installieren sowie ein geeignetes Umweltmonitoring (das heißt soviel wie ständige Beobachtung der wichtigsten Umweltdaten), welches in der Lage ist, die notwendigen Veränderungen und Planungsprozesse unterstützend zu begleiten.
- Eine kurzfristige Vorgabe sind glühbirnenfreie städtische Gebäude, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass solche Planungen auf EU-Ebene bereits Gestalt annehmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass zu überplanende Altbausiedlungen mit regenerativen Energienutzungskonzepten entwickelt werden, die ihrem Namen gerecht werden. Wir distanzieren uns ausdrücklich von Mogelpackungen wie im Falle des Stadtquartiers Graf Bismarck.
- Wir forcieren den Ausbau der Energieberatung als wichtigen Beitrag für die Umsetzung der Solarstadtidee über den direkten Einfluss der Stadtverwaltung hinaus. Umfangreiche und sensibel angepasste Beratung für Hausbesitzer, Verbraucher, Handwerksbetriebe, Gewerbetreibende etc. zeigt sich in Städten mit der gleichen Erfahrung als entscheidender Faktor für die effiziente Verbreitung der ökologischen Notwendigkeiten.
- Die flächendeckende Einführung der Biotonne in Gelsenkirchen ist ein absolutes Muss!
- Umweltfreundlichkeit der Fahrzeuge der Stadt Gelsenkirchen muss zukünftig erste Priorität erhalten. Deshalb fordert DIE LINKE Gelsenkirchen, nur Fahrzeuge zu beschaffen, welche mit modernster Umwelttechnologie ausgerüstet sind, wie zum Beispiel Erdgasfahrzeuge, Hybridfahrzeuge oder Elektrofahrzeuge. Auch Fahrzeuge mit Wasserstofftechnologie sollten zukünftig zum Gelsenkirchener Fahrzeugpark gehören. Auch alle verwendeten Hydrauliköle sollten biologisch abbaubar sein.

Wir fordern intensiv die schnellstmögliche flächendeckende Aufstellung von Biotonnen! Allerdings ist erst der Umgang mit den dann eingesammelten Biostoffen noch zu klären.

Die klassische Kompostierung ist für großtechnischen Einsatz aus Verfahrensgründen ungeeignet. Dazu kommt der enorme Energie und Kostenaufwand für einen weiten Abtransport. Deshalb ist es notwendig, in Gelsenkirchen geeignete



Verwertungskapazitäten zu schaffen. Nicht zuletzt kann die Stadt Gelsenkirchen selber Geld damit verdienen.

Hier bietet sich der Einsatz eines zweistufigen biologischen Verwertungsverfahrens an, ähnlich der IMK-Anlage in Herten-Westerholt. Solche Bioanlagen (IMK steht für Integrierte Methanisierung* und Kompostierung) arbeiten anders und besser als heute übliche Biogasanlagen, mit denen vor allem die bei der Massentierhaltung anfallende gefährliche Gülle entschärft werden soll.

Die zweistufigen Bioanlagen besitzen drei große Vorteile gegenüber den heute verbreiteten Biogasanlagen.

1. Sie benötigen keine sogenannten Fermenter, welche extra zu diesem Zweck angebaut werden müssen und somit zwangsweise die Energieerzeugung in Konkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung bringen.
2. Vielmehr können solche Anlagen mit allen Arten biologischer Reststoffe beschickt werden.
3. Neben Methan (erste Stufe), das umweltneutral in Gasmotoren zu elektrischer Energie und Wärme umgewandelt wird, fällt als Produkt der zweiten Stufe hochwertiger Kompost an, welcher als Beitrag gegen die Erosion auf Äckern ausgebracht werden kann.

DIE LINKE Gelsenkirchen
Dresdener Straße 38
45881 Gelsenkirchen

V.i.S.d.P. Wolfgang Radner
Wahltelefon: 0172 4643648

DIE LINKE. Gelsenkirchen
Kto-Nr. 101 088 310
BLZ: 420 500 01
Sparkasse Gelsenkirchen

* Methanisierung meint die Erzeugung es brennbaren Gases Methan. Fermenter sind speziell angebaute Pflanzen, die die Umwandlung der Biostoffe ermöglichen oder unterstützen sollen.



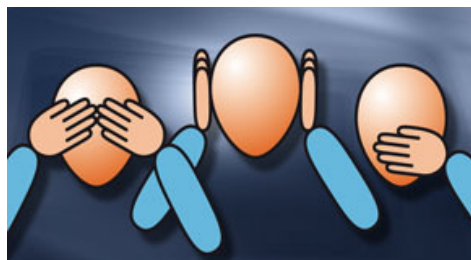
Anlagen zum Kommunalwahlprogramm

Anlage I

DIE LINKE
Kreisverband Gelsenkirchen
Der Vorstand

Zum Thema Hans-Sachs-Haus
Verschwendung von Millionen

Die Stadt Gelsenkirchen kann man nicht gerade als eine reiche Stadt bezeichnen, eher das Gegenteil ist der Fall. Anstatt zu sparen und die vorhandenen Gelder so einzusetzen, dass es zum Wohle für die Bürgerinnen und Bürger gereicht, wird genau das Gegenteil getan und das mit Zustimmung fast aller im Rat vertretenen Parteien. Ein Superbeispiel für Verschwendung muss das Hans - Sachs - Haus gesehen werden. Bereits 2006 sind die Verträge zur Rückabwicklung geschlossen worden. Aber anstatt davon zu profitieren zahlte die Stadt für angeblich erbrachte Leistungen und entgangene Gewinne an die ehemaligen Vertragspartner.



Das nennen wir Verschwendung von Steuergeldern und darf und kann so nicht hingenommen werden.

Nach der Kommunalwahl wird eine starke Linke dafür sorgen, dass es zu einer lückenlosen Aufklärung kommen wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch hier trifft zu : Nichts hören, nichts sehen und nicht sprechen.



Anlage II

Cross Border Leasing - gruselige Zeiten in Gelsenkirchen

Millionengrab Nr. 5!

Nach den Gräbern Schloss Berge, Hans-Sachs- Haus, Großmarkt und dem Inkubator platzt jetzt die nächste Bombe. Die Stadtväter behaupten nach unserer Ansicht wahrheitswidrig aus diesen CBL Verträgen ausgestiegen zu sein. Das ist so ja nicht richtig und die Bevölkerung wird an der Nase herumgeführt.

Von einem Ausstieg aus CBL kann keine Rede sein, im Gegenteil. Die Investoren haben die CBL Verträge umstrukturiert und neu verfasst, nicht aber, wie gefordert zu Gunsten der Stadt, sondern nur zu ihrem Vorteil. Es verdienen hier nur die amerikanischen Investoren, Banken und Anwälte. Die Stadt Gelsenkirchen bleibt dabei auf der Strecke und wird in Zukunft sehr viel Geld verlieren.

Anstehende Nachtragshaushalte sind schon jetzt erforderlich. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, dass sie allein die Risiken und die Millionenkosten aufbringen müssen. Die Kommunen stehen vor einem Scherbenhaufen und was macht die Stadtspitze? Rein gar nichts.

Wie haben bereits als Kinder lernen müssen, nichts zu unterschreiben, was nicht vorher geprüft und gelesen wurde, es stellt sich für uns die Frage, weshalb die Verantwortlichen der Stadt dieses nicht getan haben. Denn hätten sie die Verträge genau unter die Lupe genommen, hätten sie erkennen müssen und können, das mit CBL alle verdienen und Vorteile haben, nicht aber die Stadt Gelsenkirchen und ihre Bürgerinnen und Bürger.



Die Verantwortlichen handelten wohl nach dem Motto: Nichts hören, nichts sehen und nicht sprechen.